

Dresdner Volkszeitung

Volksredaktion: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger:
Sehr. Amholz, Dresden
und Ed. C. C. C. C.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 26261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 26261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparilettzeile
30 Pf., die 30 mm breite Reklametzelle 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Pächter-
anzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 202

Dresden, Montag den 31. August 1925

36. Jahrg.

Ein Jahr Dawes-Plan

Am 1. September 1924 trat der Vertrag in Kraft, durch den Deutschland die von den Sachverständigen, unter dem Vorsitz des General Dawes, vorgesehenen Reparationsleistungen auf sich nahm. Die Annahme des Gutachtens bedeutete eine Fortsetzung der von den Deutschen seit dem Jahr und Tag auf das heftigste bekämpften Erfüllungspolitik. Sie war nur möglich mit Hilfe der selben Deutschen Sachverständigen. Die Männer der Fergt und Weharp hatten zwar fürchtlich in Entrüstung gemacht, weil Deutschland durch den Dawesplan unerträgliche, gewaltige Lasten auferlegt werden sollten. Durch die Ablehnung des Eisenbahngesetzes im Reichstag hätten sie die Annahme verhindern können. Aber im entscheidenden Augenblick fielen sie in zwei Hälften auseinander und schalteten sich dadurch selbst aus. Bei manchen mag es die Furcht vor der eigenen Courage gewesen sein, die sie daran hinderte, das Zustandekommen des Gutachtens unmöglich zu machen. Die Hauptsache aber ist wohl, es galt ein Geschäft zu machen. Man wollte wieder ran an die „Futterkrippe“. Man wollte Ministeressel, Bälle und andre schöne Dinge. Der Unfall von damals hat sich bezahlt gemacht, die Deutschen sind in der Regierung, sie haben ihre Bälle. Freilich eine Schattenseite hat die Geschichte, sie müssen zusehen, daß ihre Regierung, die Regierung der Schiele, Neuhaus und Schlieben, die Verständigungspolitik weitertreibt, über die man seit Jahr und Tag Gift und Galle geschüttet hat. Diese ihre Regierung erstrebt den Sicherheitspakt, spielt mit dem Gedanken des Eintritts in den Völkerbund und will feierlich und endgültig auf Forderungen verzichten. Sicher nicht angenehm. Aber die Deutschen sind tüchtige Politiker. Die Regierung ausfliegen lassen, o nein, das wäre schade. Das Geschäft geht zu gut. Man kann sich auch anders helfen. In der Presse und in den Versammlungen schimpft man auf Stresemann, im Kabinett löst man die Schiele, Neuhaus und Schlieben Politik machen mit Stresemann. So spielen die Deutschen ihr Doppelspiel, und inzwischen können Großkapitalisten und Großgrundbesitzer auf Kosten der Volksmassen sich die Taschen füllen.

Wären die Deutschen ehrliche Politiker, so hätten schon ihrem Widerstande gegen das Sachverständigen-gutachten festhalten müssen, denn dem deutschen Volke werden durch den Dawesplan sehr schwere Lasten auferlegt. Mindestens 2½ Milliarden Mark sollen nach Ablauf von 5 Jahren jährlich gezahlt werden. Wenn trotzdem die Annahme des Dawesplans als ein Fortschritt angesehen werden muß, so deswegen, weil durch ihn die Reparationsfrage auf eine vernünftige wirtschaftliche Basis gestellt wird. Vor allem: Deutschland braucht keine Zahlungen nur in deutscher Währung zu leisten. Den von den Vertragsgegnern eingeschlagenen Agenten für Reparationszahlungen liegt die — vielleicht unlösliche — Aufgabe ob, dafür zu sorgen, daß die Gläubiger die von Deutschland gezahlten Summen auch wirklich in einer für sie verwertbaren Form erhalten.

Die Annahme des Sachverständigen-gutachtens konnte natürlich das deutsche Volk nicht von seinen Ängsten und Sorgen befreien. Trotzdem uns für das erste Reparationsjahr eine Atempause gewährt war, geht es dem deutschen Volke wahrlich noch schlecht genug. Unse Wirtschaft leidet unter einem schweren Kapitalmangel, die Löhne sind aufs äußerste gedrückt, wir sind am Beginn einer schweren Wirtschaftskrise, die die Arbeiterschaft mit Arbeitslosigkeit bedroht. Aber wie sähe es aus, wenn das Dawesgutachten nicht angenommen worden wäre. Neue Repressalien der Entente wären kaum ausgebildet und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wären noch viel größer geworden. Wahrscheinlich hätte die Stabilität der Währung nicht aufrechterhalten werden können und neue Inflationen wären über dem deutschen Volke zusammengebrochen. An die Abkündigung des Ruhr-rebells wäre nicht zu denken gewesen.

Im Jahre 1924 hatten wir im ganzen 1000 Millionen Mark an die Gläubigerstaaten zu zahlen, von denen 800 Millionen Mark durch eine im Auslande ausgenommene Anleihe gedeckt wurden. Im kommenden Jahre betragen unsere Zahlungsverpflichtungen bereits 1220 Millionen Mark, die wir ohne ausländische Hilfe aufbringen sollen; und von Jahr zu Jahr wachsen unsere Verpflichtungen, bis zum Betrage von 2½ Milliarden Mark. So groß aber auch der Fortschritt war, den uns der Dawesplan gebracht hatte, die Frage wurde durch ihn nicht gelöst, ob es möglich sein würde, die von Deutschland gezahlten Summen den Gläubigern auch wirklich zuzuführen. Daran kann kein noch so klug abgegracht: Vertrag etwas ändern, daß Deutschland auf die Dauer die ihm auferlegten großen Zahlungen nur leisten kann, wenn es einen großen Ausfuhrüberschuss erzielt, und die dazu notwendige Ausfuhr ist gerade den Ländern unerwünscht, die von Deutschland Zahlungen haben wollen. Wie wird dieser Widerspruch gelöst werden?

In den letzten Monaten hatte Deutschland einen erheblichen Einfuhrüberschuss und die deutsche Wirtschaftspolitik ist gewiß nicht geeignet, den deutschen Waren im Auslande die Türen zu öffnen. Heute ist noch nicht abzusehen, welche Verwicklungen uns in der Zukunft das Reparationsproblem noch bringen kann. Dann wird es vielleicht eine Beden-

frage für das deutsche Volk sein, ob man uns im Lager unsterblichen Gegener noch mit Mißtrauen und Abneigung betrachtet, oder ob wir jene geistige Entspannung zwischen den Völkern erreicht haben, die die Voraussetzung für eine nüchterne und vorurteilsfreie Prüfung schwerer wirtschaftlicher Probleme ist. Deshalb ist auch der Ausgang der Verhandlungen über den Sicherheitspakt und über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von so großer Bedeutung. Wir müssen alles daran setzen, die Welt davon zu überzeugen, daß das neue Deutschland nicht auf Reuebande sinnt, daß es keine Gefahr für den Frieden ist. Wenn die Völker sich daran gewöhnen, das deutsche Volk als ein gleichberechtigtes Glied der großen Völkerfamilie anzusehen, dann wird es am ehesten möglich sein, die Schwierigkeiten zu überwinden, die in der Zukunft aus dem Reparationsproblem entstehen können.

Ruth Fishers Enthronung?

Berlin, 31. August. (Eig. Zuspruch.) Wie der Montag Morgen, der über die Vorgänge in der kommunistischen Partei teilweise recht gut unterrichtet ist, wissen will, sei der Leitung der KPD. von der Exekutive der kommunistischen Internationale in Moskau eine Verfügung zugegangen, die den Austritt Ruth Fishers vom kommunistischen Parteivorstand anordnet. Diese Verfügung sei ein Ziel des rechten Flügels der Exekutive, der der Leitung der deutschen Partei in mehreren Sitzungen vollkommene Unfähigkeit vorwarf. Ruth Fischer dürfte von jetzt an lediglich als einfaches Mitglied des politischen Bureau, und zwar für organisatorische Fragen, fungieren. Als Vorkämpfer der Partei würden von jetzt an Thälmann und Dangel zeichnen. Das Blatt glaubt, daß ein großer Abbau der radikalen und linken Funktionen in der KPD. bevorsteht.

Ob sich diese Meldung bewahrheitet, müssen die nächsten Wochen erweisen. Die Politik der KPD. war allerdings im letzten Jahre so dumm und zerfahren, daß die Kalkulation Ruth Fishers eigentlich die selbstverständliche Folge sein müßte! Wenigstens in einer Partei, die sich auch nur einen Rest politischer Ueberlegung bewahrt hat.

Russische Amnestie

Nur für Emigranten

D. Berlin, 31. August. (Eig. Zuspruch.) Wie der Montag-Morgen aus Moskau zu berichten weiß, soll sich die Sowjetregierung mit der Absicht tragen, am 17. Oktober, zur 8. Wiederkehr des Tages der Oktoberrevolution, in Rußland eine allgemeine Amnestie für sämtliche russische Emigranten, die in einer Zahl von etwa zwei

Kundgebung für die Großdeutsche Republik

Genosse Löbe fordert den Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs

A. Wien, 29. August. (Eig. Draht.) Am Sonnabend früh und im Laufe des Vormittags sind in Wien zwei größere Gruppen des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes aus Deutschland eingetroffen. Die erste Gruppe bestand aus 88 Mitgliedern aus Süddeutschland, die zweite aus mehr als 300 Teilnehmern aus Berlin und Nord- und Mitteldeutschland. Nach einem ersten Empfang an der Grenze in Passau fand in Wien eine feierliche Begrüßung statt. Als erster sprach dabei der großdeutsche Landeshauptmann-Stellvertreter Langst in Vertretung des plötzlich verhinberten Landeshauptmanns. Er schloß seine Ansprache mit dem Ruf: „Heil Großdeutschland!“ Nach ihm hielt der Linzer Bürgermeister, Genosse Dames, die eigentliche Begrüßungsrede. In der er auf die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich hinwies. Wenn die Friedensverträge, so erklärte er, einmal fertiggestellt werden, dann wird ein Volk auf freiem Grunde stehen. Von Heilrufen empfangen, sprach dann der deutsche Reichstagspräsident Genosse Löbe, der für die Begrüßung dankte und u. a. ausführte: „Wir sind aus Deutschland gekommen, ohne Unterschied der Parteien vom rechten bis zum linken Flügel, und uns alle erfüllt der Gedanke, zu demonstrieren für die Zusammengehörigkeit nicht zweier Völker, sondern eines Volkes, das auseinandergerissen wurde. Das Selbstbestimmungsrecht, das allen Nationen zugebilligt wurde, wird dem deutschen Volke nicht vorenthalten werden können. Es gibt Angehörige, die da meinen, daß wir zu früh kommen. Die Zweifel sollen durch die Reise erkränen, daß das Volk Deutschlands und Oesterreichs ohne Unterschied den Zusammenschluß fordert. Unse Kraft ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur großdeutschen Republik.“

Anschluß keine Annexion

A. Wien, 29. August. (Eig. Draht.) Die große Kundgebung der Wiener Bevölkerung für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland hat einen gewaltigen Umfang gehabt. Die Hauptversammlung fand am Sonntag vormittag in der Volkshalle des Rathauses statt, zu der sich auch die deutschen Gäste eingefunden hatten. Zuerst sprach der Obmann der

Millionen in allen Ländern außerhalb Rußlands leben, durchzuführen. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß mehr als die Hälfte dieser Massen von der Möglichkeit, in die Heimat zurückzukehren, Gebrauch machen werden.

Pariser Friedenskongress

P. Paris, 31. August. (Eig. Zuspruch.) Der vierundzwanzigste Internationale Friedenskongress wird am 2. September in Paris eröffnet werden. Nicht nur die Friedensgesellschaften, die den Kampf gegen den Krieg als ihre Hauptaufgabe bezeichnen, sondern auch große politische Parteien und Vereinigungen aus allen Ländern der Welt werden auf diesem Kongress vertreten sein. Von den französischen Parteien haben die Radikalsocialisten, die Sozialisten und die Republikanischen Sozialisten ihre Teilnahme zugesagt und die einflussreiche Liga für Menschenrechte wird auf diesem Kongress ihre Stimme für Völkerverständigung und Völkerverbrüderung erheben. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und zahlreiche andre deutsche Verbände und Vereinigungen werden am Kongress teilnehmen. Auch die Teilnahme einer bedeutenden englischen Delegation ist angekündigt. In der feierlichen Eröffnungssitzung, die im großen Saale der Sorbonne stattfinden wird, wird neben dem Präsidenten der französischen Kammer, Perriot, auch der Reichstagspräsident Genosse Löbe das Wort ergreifen, um dem Willen der beiden Völker zur Verständigung und Wiederbrüderung Ausdruck zu verleihen. Am Vorabend der Völkerverbrüderung in Genf gewinnt dieser Kongress eine besondere Bedeutung.

Geschichte eines Haftbefehls

Die DPA. meldet: Der Haftbefehl gegen Kapitänleutnant Schardt wie gegen die übrigen am Kap. Putsch beteiligten Personen ist vom Oberreichsanwalt aufgehoben worden.

Warum denn? Der Haftbefehl tat doch niemand weh! Er stand doch ohnehin nur auf dem Papier. Die Geschichte dieses Haftbefehls gehört zu jenen Blamagen der deutschen Justiz, die sie nie mehr los wird!

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

Sch. Genf, 30. August. (Eig. Draht.) Die kommende Völkerverbrüderung wird einen ruhigen Verlauf nehmen, da hauptsächlich Verwaltungsfragen auf der Tagesordnung stehen. Eine Ueberraschung kann nur die Resolution bringen, da die Türkei den Völkerbundentritt ablehnen und eine neue Entscheidung verlangen. Die Konferenz der Außenminister ist nunmehr auf Ende September anberaumt. Die Festlegung des Konferenzdatums bleibt Deutschland überlassen. Der wahrscheinliche Tagungsort ist Lausanne. Falls keine Zutragen den günstigen Abschluß der Verhandlungen sichern, rechnet man mit Deutschlands Eintritt im November, der auf einer Sonder-tagung des Völkerbundes vollzogen werden würde.

Wiener Ortsgruppe des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes. Direktor Reubacher, der namentlich dem Reichstagspräsidenten Löbe dankte, daß er den Ruf geholt hatte, für den Zusammenschluß einzutreten und die Reise nach Wien zu unternehmen. Zahlreiche Zwischenrufe: Wo ist der Präsident des Oesterreichischen Abgeordnetenhauses, erinnerten daran, daß der erste Reichstag der Oesterreichischen Nationalversammlung die Erklärung war: Oesterreich sei ein Bestandteil der deutschen Republik, und wenn auch die Entente die Durchführung des Anschlußbeschlusses verhindere, so werde sie doch immer befreit sein, diesen Beschluß durchzuführen. Mit großem Beifall begrüßt, bestieg dann Genosse Löbe die Rednertribüne. Nachdem er die herzlichen Wünsche der Deutschen im Reich ohne Unterschied der Parteien überbracht hatte, erklärte er, daß der Zusammenschluß aller Deutschen die Erfüllung des Traumes sei, den die Völker unseres Volkes vor hundert Jahren vertreten haben: die Erfüllung des Wunsches der achtundvierzigsten Demokratie, die durch die Interessen der verschiedensten deutschen Nationen verhindert wurde. Auf die Dauer kann die Trennung aber nicht aufrechterhalten werden, wenn die Demokratie herrscht.

Dauernd wird sich auch keine feindliche Regierung dem Willen des deutschen Volkes entgegenstellen können, wird keine Demokratie diese Verlebung ihres eigenen Prinzips durchführen können. Unse Demonstration heute, versicherte Löbe, ist von keiner Regierung gemacht, nicht einmal gewollt, weder von der Oesterreichischen, noch von der deutschen Regierung. Sie entspricht dem Willen des Volkes selbst, und weder der Oesterreichische noch der deutsche Außenminister wird damit beauftragt. Genosse Löbe schloß seine Rede mit dem Ruf: God die große deutsche Republik!

Darauf sprachen noch der großdeutsche Vizepräsident des niederösterreichischen Landtages, der Wiener Zentrumsgewählte Dr. Schöffler und der Abgeordnete Genosse Leuthner. Er gab zunächst Antwort auf die Behauptung, daß die Anschlußbewegung eine Annexion bewirke. Nicht in Berlin, sondern in Wien sei der Gedanke des Anschlusses zuerst entstanden, und zwar nicht von nationalistischer Seite. Die österreichische Arbeiterzeitung war es, die an demselben Tage und zur selben Stunde, wo sie die Gründung der Oesterreichischen Republik geschaffen hat, für den Anschluß an Deutsch-